

Politischer Bericht No.38/20.

8. A.
Dr. Zerkow
26.5.20.
Zurück am
31.7.20.

Berlin, den 20. Mai 1920.

Herr Bundespräsident,

Es war mir leider in den letzten Tagen nicht möglich, mit offiziellen Persönlichkeiten Deutschlands über den Ausgang der Abstimmung in der Schweiz betreffend den Beitritt zum Völkerbund Rücksprache zu nehmen, aber ich weiß durch Besprechungen mit Personen, welche führenden Männern der Regierung nahe stehen und mit Angehörigen der Deutschen Liga für den Völkerbund, daß man an jenen Stellen aufrichtig erfreut ist über den Beitritt der Schweiz. Die Ansichten, die hier herrschen, scheinen mir in der beiliegenden Drahtmeldung der offiziellen Deutschen Allgemeinen Zeitung richtig zum Ausdruck gebracht zu sein: Man freut sich über den Beitritt der Schweiz um des Grundsatzes willen, der durch die Abstimmung zum ersten Mal eine plebiszitäre Sanktion erhalten hat und man freut sich namentlich um Deutschlands willen, weil die Ansicht doch stark verbreitet ist, daß eine Revision des Friedensvertrages nur auf dem Wege über den Völkerbund erreicht werden könne, dem auch die bisherigen Neutralen angehören, und endlich begrüßt man die Stellungnahme

An den

Chef des Eidgenössischen Politischen Departementes,

Herrn Bundespräsident *M o t t a*,

B E R N .



der Schweiz, weil man den jetzigen Völkerbund, so schlecht und einseitig er auch sein mag, doch als Grundlage betrachtet, auf welcher Besseres aufgebaut werden kann. Man freut sich aber nicht minder aufrichtig über die starke Opposition, welche in der verwerfenden Minderheit zum Ausdruck gekommen ist und erblickt darin den erhobenen Warnfinger, welcher die führenden Staaten im Völkerbund daran erinnern soll, daß die jetzige Form des Bundes den Empfindungen der Neutralen doch nicht gerecht werde.

Anläßlich eines Empfanges, welchen die hier anwesenden Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes am Dienstag abend gegeben haben und zu welchem alle Teilnehmer an der Konferenz geladen waren, von welcher ich in meinem letzten Briefe schrieb, konnte ich das große Interesse feststellen, das allgemein der Abstimmung in der Schweiz entgegengebracht worden ist. Der norwegische Forscher Fritjof Nansen, der ebenfalls zugegen war, sprach mir seine besondere Freude aus.

Die Herren des Roten Kreuzes hatten mich als Vertreter der Schweiz ebenfalls zu dem Empfang zu laden und so bot sich mir die Gelegenheit, mit Herrn Kopp, dem Vertreter der Soviet-Regierung, und gleichzeitig mit dem Führer der deutschen Soldatenräte in Rußland bekennt zu werden. Ich sprach Herrn Kopp natürlich von unserem Schweizertransport und von dem Befremden, das wir empfinden wegen der Verspätung der Ankunft des Zuges in Narwa. Kopp tat dergleichen, als ob er von der Sache so gut wie gar nichts wisse und meinte, die Schweizer werden zweifellos herausgelassen werden, sobald der Zug mit den Russen in Rußland eingetroffen sein werde. Er fügte bei, "so viel ich weiß, sind die Russen bisher nicht über Libau hinausgekommen".

Die Herren des Roten Kreuzes sind sehr befriedigt von dem Ergebnis der Sitzungen, welche in den letzten Tagen stattgefunden haben und an welchen in der Hauptsache folgende Länder offiziell beteiligt waren: Deutschland, Soviet-Rußland, Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Jugoslawien, d.h. also diejenigen Länder, welche jetzt noch Gefangene in Rußland bzw. in Deutschland haben. Von deutscher Seite haben offizielle Vertreter des Auswärtigen Amtes mitgewirkt und am Empfange von Dienstag ist der Minister des Auswärtigen auch erschienen. Die Verhandlungen sind geleitet worden durch Nansen als Vertreter des Völkerbundes.

Verschiedene Mitteilungen, die mir in den letzten Tagen gemacht worden sind, lassen erkennen, daß die a u f - s t ä n d i s c h e Bewegung auf linksradikaler Seite ernster zu nehmen ist, als ich bisher geneigt war anzunehmen. Auch hier in Berlin herrscht stärkere Erregung unter den Arbeitermassen, die sich immer mehr durch öffentliche Aufzüge geltend macht. Ich begegne täglich solchen Demonstrationen, die regelmäßig Plakate vorantragen mit der ungefähren Aufschrift: "Wir wollen Brot und Arbeit und keine Almosen". Zu diesen Umzügen wird mir von industrieller Seite erklärt, daß sie veranlaßt seien durch die b e g r ü n - d e t e Furcht der Arbeiterschaft vor den unmittelbar bevorstehenden Arbeitseinstellungen in vielen industriellen Betrieben. In der Tat stockte das Geschäftsleben in ganz Deutschland beinahe vollständig, weil die Preise für alle Fabrikate rapid und stark gesunken seien. In den Geschäften, so sagte mir ein hiesiger Großkaufmann, wird seit längerer Zeit so zu sagen nichts mehr gekauft, weil die Preise unerschwinglich sind und weil die bisherigen Käufer darauf warten, daß die Preise entsprechend dem Sinken der Rohstoffpreise und dem Anziehen der Valuta zurückgehen. Die Geschäfte können aber diesem

Rückgang nicht folgen, weil große Vorräte zu den übersetzten Preisen der letzten Wochen angeschafft worden sind. Aus dieser Diskrepanz zwischen den Gesteungskosten des Händlers, der Kaufkraft und -lust des Konsumenten und der Rücksicht auf den Preisrückgang ergibt sich ein beinahe völliges Versagen des Geschäftsverkehrs, welches zu den ernstesten Folgen führen kann. Aehnlich wie im kaufmännischen Verkehr scheint es bei der Industrie zu stehen, welche nicht mehr produzieren und das Produzierte nicht verkaufen kann, weil die Mittel zur Bezahlung der Rohstoffe in Gold je länger je mehr fehlen und weil die heute gebotenen Preise für die Fabrikate die Eigenkosten des Fabrikanten nicht decken.

Zu diesen Schwierigkeiten gesellt sich die weitere, daß die Arbeiterschaft trotz der gewaltig gesteigerten Löhne nicht mehr die nötigen Mittel aufbringen kann, um sich zu kleiden. Ein großer Industrieller sagte mir: Unsere Arbeiter laufen tatsächlich ohne Hemden und in zerfetzten Kleidern herum und können schlechterdings die Mittel nicht mehr aufbringen, um sich Wäsche und Kleider anzuschaffen. Aus diesem Elend und aus der Furcht vor der gänzlichen Arbeitslosigkeit, die tatsächlich in manchen Betrieben unmittelbar vor der Tür stehen soll, ergibt sich naturgemäß eine Stimmung bei der Arbeiterschaft, die eine ungeheure Gefahr bedeutet für die Ruhe und Sicherheit im Lande. Unter diesen Umständen ist es als ein Unglück zu betrachten, daß die Aufregung einer Wahlbewegung gerade in diese Zeit wirtschaftlichen Elendes fällt.

Durch einen Freund des ehemaligen Kanzlers Bethmann-Hollweg hörte ich gestern, daß der Kanzler sehr beunruhigende Berichte gesandt habe über die Stimmung der Landarbeiter in der Mark und in Pommern.

Auch die offiziellen Berichte der politisch-polizeilichen Aufsichtsorgane lauten recht beunruhigend. Ich lasse unten einige Auszüge aus diesen Berichten folgen, die mir von allgemeinerem Interesse zu sein scheinen und möchte nur allgemein vorausschicken, daß nach allem, was ich höre, ernstlich damit gerechnet wird, daß an verschiedenen Orten des Reiches - nicht in Berlin, weil es hier einerseits an Waffen fehlt und andererseits die Gegenmaßnahmen der Regierung zu stark sind - Aufstände kommunistischer Tendenz während oder unmittelbar nach den Wahlen ausbrechen werden und daß die Organisation dieser Bewegung sehr weit vorgeschritten und fest sein soll. Die Regierung möchte ihrerseits während des Wahlkampfes scharfe Abwehrmaßnahmen möglichst vermeiden, um nicht die Arbeiterschaft gegen sich aufzubringen und so entwickelt sich eine Lage, welche die Keime ernsterer Konflikte in sich trägt. Bezeichnend ist es, daß die Leitung der ganzen Bewegung ihre Tätigkeit vom Ruhrgebiet nach Ostpreußen verlegt zu haben scheint, wo sie glaubt, auf weniger Widerstände zu stoßen, weil in jener Provinz die gegenwärtige Regierung die geringste Zahl von Anhängern hat und weil dort die allgemeine Unzufriedenheit wegen des Verhältnisses zu Polen und wegen der schlechten Lage der Landarbeiter stark zugenommen zu haben scheint.

Ich lasse nun Einzelmeldungen über die Vorbereitung des Aufstandes folgen, die in ihrem Zusammenhange ein ebenso lehrreiches als beunruhigendes Bild geben und füge noch bei, daß nach den mündlichen Mitteilungen, welche mir die Ministerpräsidenten von Bayern, Württemberg und Baden letzter Tage gemacht haben, in Süddeutschland keine Befürchtung besteht vor kommunistischen Unruhen.

Gefährliche Umtriebe in Ostpreußen.

Vom Oberpräsidium Königsberg liegen Berichte vor, die Einzelheiten über linksradikale Vorbereitungen zu einem demnächstigen Umsturzversuch bringen. Darnach hat ein außerordentlich großer Zustrom von kommunistischen Flüchtlingen aus dem Ruhrrevier nach Ostpreußen in den letzten Wochen stattgefunden, woraus eine systematische Verstärkung der dortigen kommunistischen Kräfte zu folgern ist. Die neuen Ankömmlinge sind durchweg bewaffnet und verfügen über reichliche Geldmittel. Ihr Hauptführer Richard Gawreszek hält sich angeblich in der Gegend von Goldap auf. Man irrt wohl nicht in der Annahme, daß die Mehrheit der aus dem Ruhrgebiet eingetroffenen Reisenden an an den spartakistischen Ausschreitungen im Westen beteiligt gewesen ist und durch die Flucht sich jetzt in Sicherheit bringen will, unter Umständen durch die Flucht nach Rußland. Der Verkehr russischer bolschewistischer Kommissare über Ostpreußen hat gegenwärtig eine Stärke angenommen wie noch nie zuvor. Nach den aus Litauen vorliegenden Nachrichten ist es wahrscheinlich, daß noch in diesem Monat in Litauen der Versuch zur Aufrichtung der Räterepublik gemacht werden wird. Als die Hauptbeteiligten an diesem Umsturzplan werden die litauischen Bolschewisten im Verein mit den regulären Truppen in Schaulen, Ponewesch, Radsiwilischki und Marianapol genannt. Kowno ist der Treffpunkt der kommunistischen Agenten Deutschlands, Rußlands und Lettlands. Von dort aus unterhalten die Kommunistenführer Leon und Rabinowitsch einen regelmäßigen Kurierdienst, der meist über

Eydtkuhnen geht. Die Mehrzahl der U.S.P.D.-Mitglieder in Allenburg, Wehlau und Gumbinnen ist in das kommunistische Lager übergegangen.

Für die Auffassung der litauischen Regierung über die Zustände in Ostpreußen ist übrigens die Tatsache bezeichnend, daß sie infolge der Nachrichten über den Zustrom roter Flüchtlinge aus dem Ruhrrevier und die gärende Unruhe unter den Linksradi kalen in Ostpreußen verfügt hat, daß alle Reichsdeutschen bis zum 15. Mai aus den litauischen Grenzen zu verweisen sind."

"Die Rote Armee in Bewegung.

Der Regierungskommissar in Stettin meldet die einwandfrei festgestellte Tatsache, daß in der Nacht vom 17. zum 18. Mai 60 für die Rote Armee im Ruhrrevier angeworbene Leute vom Bahnhof Lauenburg nach Paderborn abgefahren seien."

"Aufmarsch zum Aufstande?"

Nachstehend wird ein Bericht des Oberpräsidiums Magdeburg über Vorbereitungen eines linksradikalen Putsches wiedergegeben.

Der am 11. Mai in einer Funktionärversammlung der K.P und U.S.P.D. beschlossene Plan setzt fest:

1. Die Putschbefehle werden sofort nach dem Wahlergebnis herausgegeben. Es ruht alsdann der ganze Eisenbahnverkehr, ausschließlich der Strecke Halle. Diese Züge fahren bis Rothensee.
2. Die Ausgabe der Waffen an das Proletariat erfolgt in Rothensee und Salbke.

3. Am Putschtage versammelt sich die 3. Kompagnie des Stoßtrupps Staßfurt in Schönebeck und vereinigt sich mit der bewaffneten Arbeiterschaft in Schönebeck zum Vormarsch auf Magdeburg.
4. Zu diesem Zeitpunkt sind die Arbeiter in Magdeburg bereits bewaffnet. Die Ueberwachung der Eisenbahnbrücke nach Berlin evtl. auch deren Sprengung übernimmt die Eisenbahnerorganisation.
5. Um der grünen Polizei ein Eingreifen bei der Bewaffnung der Bevölkerung unmöglich zu machen, erfolgt eine Demonstration der Kriegsinvaliden. Diese sollen die Polizei derart provozieren, daß sie auf die Invaliden schießen muß. Inzwischen entwickelt sich der Kampf der Polizei mit kampffähigen Leuten an anderen Stellen.
6. Das Kom.-Bataillon "Marx" wird am Putschtage von 1700 auf 5000 Mann gebracht und zur Entwaffnung der Reichswehr beordert. Dem Bataillon wird als Kaserne die Zitadelle zugewiesen, in der sich auch die Nachrichtenstelle befindet.
7. Es erfolgt die Besetzung aller Kasernen jenseits der Elbe. Die Boote der Wasserpolizei sollen, soweit sie gefaßt werden können, in die Luft gesprengt werden. In erster Reihe werden der Hauptbahnhof und der Bahnhof Neustadt besetzt.
8. Acht Tage vor dem Putsch werden die zu verhaftenden Personen fortgesetzt überwacht. Verhaftet werden auch
9. alle Parteivorstände der bürgerlichen Parteien, sofern sie in Schlichtungsausschüssen gegen das Proletariat

gearbeitet haben. Die Verurteilung erfolgt durch das Revolutionstribunal, das aus 4. Leuten und einem Rechtsanwalt bestehen soll.

Der Aufstand bricht am Putschtage in folgenden Gebieten aus: Bitterfeld, Weißenfels, Mansfeld, Oelsnitz, plauen, Dresden, Leipzig, Hannover, Ruhrgebiet, das Küstengebiet ohne Lübeck und in Emden."

Der Botschaftsrat der hiesigen Türkischen Botschaft Edhem Bey, der nach Konstantinopel zurückberufen worden ist, hat mir gestern seine Ansichten über die Lage in der Türkei entwickelt, die vielleicht auch für Sie von Interesse sein könnten. Edhem hält dafür, daß die Alliierten und namentlich die Engländer ganz falsch unterrichtet seien über die Lage und Stimmung in der Türkei. Die Türken werden sich allfällig mit dem Abfall Arabiens und mit dem Verlust von Syrien und Mesopotamien abfinden, denn diese Gegenden seien nicht von Türken bewohnt und deren Bewohner scheinen die Loslösung zu wünschen, aber niemals werde das türkische Volk und mit ihm der ganze Islam sich dem Machtspruch fügen, nach welchem große rein türkische Gebiete unter fremde Herrschaft gestellt werden. Dieser Versuch der Alliierten habe die nationalistische Bewegung in der Türkei ausgelöst, welche viel stärker sei, als man sich in London und Paris vorzustellen scheine. Ueber den Führer dieser Bewegung Mustapha Kemal habe ich Ihnen früher berichtet an Hand von Mitteilungen des Generals Liman v. Sanders. Edhem bestätigt durchaus die Ansicht Limans, ist aber nicht der Meinung, daß Mustapha unter englischem Einfluß oder auch nur mit englischem Gelde arbeite. An ein Niederschlagen dieser nationalistischen Bewegung, die sich von Tag zu Tag ausdehne, sei

gar nicht zu denken. Zweifelhaft sei nur, ob diese Bewegung auch weiterhin unabhängig bleiben werde von außertürkischen Einflüssen oder ob sie gemeinsame Sache machen werde mit dem Bolschewismus in Rußland und Asien. Mustapha Kemal werde sein Möglichstes tun, um sich frei zu halten vom Bolschewismus, wogegen Enver Pascha, der bis vor kurzem hier in Berlin war, ein entschiedener Anhänger der Verbindung mit den Bolschewisten sei. Enver ist, wie die Zeitungen richtig berichtet haben, zur Zeit in Baku und steht in direkter Verbindung mit Mustapha Kemal. Nach Ansicht Edhem's wird sich diese Verbindung zwischen den türkischen Nationalisten und den Bolschewisten nicht verhindern lassen, wenn die Alliierten auf dem Friedensvertrage bestehen, wie er jetzt der Türkei vorgelegt worden ist. Dieser Vertrag werde niemals unterzeichnet und auf dieser Grundlage werde es niemals Ruhe im Orient geben. Wenn dagegen die Alliierten, wie es nach den neuesten Depeschen beinahe den Anschein hat, den Mindestforderungen der Nationalisten gerecht werden, werde die Verbindung mit den Bolschewisten nicht erfolgen trotz der Fürsprache Envers.

Auf meine Einwendung, daß der Bolschewismus die Türkei eben so gut zu Grunde richten werde, wie er Rußland zu Grunde gerichtet habe, antwortete Edhem: In der Türkei gibt es keine Industrie und keinen Großhandel, so wenig wie große Reichtümer und Großgrundbesitzer, das türkische Volk lebt in der Hauptsache von den Erträgnissen seines Landes und dieses kann ihm der Bolschewismus nicht wegnehmen. Wenn daher der Bolschewismus dem Türken Befriedigung der nationalen Ansprüche bietet, so wird dadurch mehr genützt sein, als Schaden gebracht werden kann.

Ich notiere schließlich noch eine Meldung aus einer Quelle, welche sich ganz speziell mit der Bekämpfung des Bolschewismus

- 11 -

zu befassen hat. Diese Stelle versichert, daß die neuesten Nachrichten aus Amerika äußerst bedrohlich lauten hinsichtlich der Ausdehnung der bolschewistischen Bewegung in den ganzen Vereinigten Staaten.

Genehmigen Sie, Herr Bundespräsident, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Der Schweizerische Gesandte in Deutschland:

Münter

Nachschrift.

Wie Sie selbst konstatieren werden, sprechen die Organe der gegenwärtigen Mehrheitsparteien in Deutschland sich allgemein im Sinne des beiliegenden Artikels der Deutschen Allgemeinen Zeitung aus, indem sie den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund begrüßen und als ein Glück für Deutschland bezeichnen. Anders die rechtsstehende Presse. Beiliegend übergabe ich Ihnen den heutigen Leitartikel der deutschnationalen "Deutschen Tageszeitung", welche zu dem Beitritt der Schweiz eine Preisgabe der Unabhängigkeit erblickt und die es bedauert, daß ^{da/} durch das letzte europäische Bollwerk neutraler Gesinnung und neutralen Verhaltens gefallen sei.

Von einem führenden Parlamentarier der demokratischen Partei höre ich, daß in Deutschland die Abneigung gegen den Beitritt zum Völkerbund trotz der offiziellen und offiziösen Bekenntnisse zum Gegenteil stark im Wachsen begriffen sei. Hervorgehoben werde diese Strömung durch die Ueberlegung, daß ein

- 12 -

Völk e r b u n d o h n e d i e V e r e i n i g t e n
S t a a t e n f ü r D e u t s c h l a n d v ö l l i g
u n a n n e h m b a r s e i . N u n s c h e i n e n a b e r a l l e a u s
N o r d a m e r i k a h i e r e i n l a u f e n d e n B e r i c h t e d a h i n z u l a u t e n , d a ß
d e r B e i t r i t t A m e r i k a s z u d e m V ö l k e r b u n d i n s e i n e r d e r m a l i g e n
F o r m a l s g ä n z l i c h a u s g e s c h l o s s e n z u b e t r a c h t e n s e i .

D.O.